

SoVD · Kurfürstenstraße 131 · 10785 Berlin

Landesgeschäftsstelle
Landesvorsitzende
Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer
Tel. 030 – 26 39 38 – 20
Mobil 0170 3351 445
Fax 030 – 26 39 38 - 29
ursula.engelen-kefer@sovd-bbg.de

Berlin, den 14.12.2019

Rede von Ursula Engelen-Kefer
Landesvorsitzende SoVD Berlin Brandenburg e.V.

Anlässlich der Aktion des LV zum Auftakt der **SoVD Kampagne gegen soziale Kälte – für mehr soziale Gerechtigkeit** am 14.12.2019

Es ist noch nicht lange her, da hat die Bertelsmann Stiftung Alarm geschlagen: In Deutschland ist das Armutsrisiko trotz hoher Beschäftigung gestiegen. Nach dem zuletzt verfügbaren Regionalen Sozialbericht für Berlin und Brandenburg 2017 waren 16,6 Prozent oder etwa jede 6. Person in Berlin von Armut gefährdet. Skandalös bleibt über Jahre hinweg auch bei besserer wirtschaftlicher Entwicklung die Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen. Für die unter 18-jährigen ist sie mit annähernd 23 Prozent überdurchschnittlich hoch; für die jungen Menschen bis 25 Jahre mit annähernd einem Drittel am höchsten.

Als SoVD sehen wir mit besonderer Sorge, dass die unterschiedlichen statistischen Quoten der Armutsgefährdung nach Altersgruppen genutzt werden, die jüngeren gegen die älteren Menschen auszuspielen. Für uns ist die über Jahre anhaltende hohe Armutsgefährdung für alle betroffenen Altersgruppen vielmehr ein Alarmsignal für eine verfehlte Sozial- und Gesellschaftspolitik. Dabei sind die Zuwächse bei bereits vorhandener und drohender Armut gerade für die älteren Arbeitnehmer und Renter/innen am höchsten. Zudem ist aus verschiedenen empirischen Untersuchungen und Erfahrungen hinlänglich bekannt, dass die Altersarmut der Menschen im Rentenalter tatsächlich doppelt so hoch ist als es in den Statistiken zum Ausdruck kommt.

Gerade bei den betroffenen älteren Menschen und hierbei wieder vor allem älteren Frauen spielt die „**verschämte Altersarmut**“ eine besonders große Rolle. Im Übrigen zeigen dies auch die Daten über Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit über das Lebensalter der betroffenen Menschen hinweg.

Trotz steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit auch in Berlin nehmen Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit gerade bei den Menschen im höherem Lebensalter ohne und mit gesundheitlichen Einschränkungen sowie Behinderungen zu. In Berlin ist mit 61,3 Prozent weit mehr als jeder zweite Arbeitslose von Armut gefährdet. Das seit einem Jahr verabschiedete **Teilhabechancengesetz** sowie das **solidarische Grundeinkommen** in Berlin zur Förderung der beruflichen Eingliederung Langzeitarbeitsloser mit großzügigen Lohnkostenzuschüssen hat hieran bisher wenig ändern können. Von langanhaltender Arbeitslosigkeit mit der häufigen Folge von Armut auch im Alter sind, nach wie vor, vor allem ältere und behinderte Menschen betroffen. Hinzu kommen die erheblichen Nachteile bei Arbeit, Einkommen und späteren Renten für gering qualifizierte Jugendliche; Alleinerziehende, zumeist Frauen; Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund.

Der **Paritätische Wohlfahrtsverband** hat jetzt mit seiner neuerlichen Studie zur Armutsgefährdung noch einen draufgesetzt: Zwar ist 2018 die Armutsgefährdungsquote gemessen an einem mittleren Einkommen von 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr erstmalig spürbar zurückgegangen. Dafür nehmen aber die Unterschiede zwischen einzelnen Regionen weiter zu. Berlin liegt mit einer Armutsgefährdungsquote von über 18 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt mit etwa 15 Prozent. Auch innerhalb von Berlin bestehen erhebliche Unterschiede nach einzelnen Bezirken zwischen Pankow mit 6,4 Prozent und Neukölln mit 26.8 Prozent.

Als SoVD müssen wir mithin feststellen, die gute wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre auch in Berlin hat die Spaltung in der Gesellschaft nach Bezirken und Quartieren einerseits sowie Personengruppen andererseits nicht nur nicht verringert, sondern weiter erhöht.

Mit unserer SoVD Kampagne gegen soziale Kälte wollen wir die massiven sozialen Ungerechtigkeiten auch hier in Berlin deutlich hervorheben.

Wir fordern die Berliner Bundestagsabgeordneten sowie Senat und Abgeordnetenhaus dringend auf, gerade jetzt eine Politik der sozialen Wärme einzuleiten.

Zuvörderst ist die längst überfällige, bereits in mehreren Koalitionsvereinbarungen versprochene Grundrente einzuführen- und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung. Der in der GroKo erzielte Kompromiss mit einer moderaten Einkommensanrechnung ist für uns die äußerste Schmerzgrenze; Auf mittlere Sicht muss das Rentenniveau wieder den Lebensstandard maßgeblich absichern; die willkürlichen Senkungsfaktoren der Rieste Reform sind rückgängig zu machen.

Der vom Senat beschlossene Mindestlohn von 12,50 Euro für öffentliche Aufträge ist umgehend einzuführen und auf seine praktische Umsetzung wirksam zu überprüfen.

Die skandalös hohe Zahl von über 7.4 Mio. Minijobs davon zwei Drittel für Frauen sind in reguläre sozialversicherungspflichtige Teilzeit und Vollzeitarbeit umzuwandeln; Der Senat von Berlin kann hierbei ebenfalls mit diesbezüglichen Bedingungen bei öffentlichen Aufträgen vorangehen.

Die vorgesehene Verschlechterung des Grades der Behinderung durch die 6. Versorgungsmedizinverordnung ist rückgängig zu machen.

Der vom Senat beschlossene Mietendeckel ist gesetzlich und praktisch umzusetzen; Gleichzeitig ist der soziale und genossenschaftliche Wohnungsbau zu aktivieren-auch um dem Auftrag aus der Berliner Landesverfassung nach angemessenem und bezahlbarem Wohnraum nachzukommen.

Zu schaffen sind die Voraussetzungen für das erforderliche barrierefreie Wohnen.

Das Angehörigenentlastungsgesetz in der Pflege ist über die politische Einflussnahme in Bundestag und Bundesrat durchzusetzen. Auf mittlere Sicht müssen Berliner Politik, Senat und Abgeordnetenhaus sich für eine Pflegevollversicherung einbringen. Dazu sind zuallererst die Eigenbeiträge bei stationärer Unterbringung zu deckeln.